

22. DEZ. 2018

**Einschreiben**

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV  
Hauptabteilung Mehrwertsteuer  
Schwarztorstrasse 50  
3003 Bern

Mels, 20. Dezember 2018 AH/am

**Einsprache**

Sehr geehrte Frau C. Wildi Bieri

Sehr geehrte Frau C. von Allmen Lahr

Namens und im Auftrage von

**Federer Augentoptik AG, CHE-295.658.541**, Grünaustrasse 25, 9470 Buchs SG,  
vertreten durch lic. iur. Anton Hidber, Rechtsanwalt, Grofstrasse 34, 8887 Mels

**Einsprecherin,**

gegen

**Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV, Hauptabteilung Mehrwertsteuer, Schwarztorstrasse 50,**  
**3003 Bern**

**Einsprachegegnerin/verfügende Behörde**

**EINSPRACHE**

(gemäss 83 MWSTG)

**gegen Verfügung betr. Mehrwertsteuer**

(Steuerausnahmen nach Art. 53 Abs. 1 Bst. a MWSTG)

vom 19. November 2018 (eingegangen am 20. November 2018)

BÜRO HERGISWIL  
SONNHALDENSTRASSE 44  
6052 HERGISWIL

## I. Rechtsbegehren

1. Die Verfügung vom 19. November 2018 der ESTV, Hauptabteilung Mehrwertsteuer, sei vollumfänglich aufzuheben.
2. Es sei festzustellen, dass die Einsprecherin für die Inandleistungen bis zur Wertfreigrenze gemäss Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen mit Art. 1 lit. c (SR 641.204) steuerbefreit ist und sich im Sinne der rechtsgleichen Behandlung auf eine analoge Anwendung von Art. 53 Abs. 1 lit. a MWSTG berufen kann.
3. Unter voller Kosten- und Entschädigungsfolge zu Lasten der Einsprachegegnerin.

## II. Begründung

### A. Formelles

#### 1. Vollmacht

Der unterzeichnete Rechtsanwalt ist gehörig bevollmächtigt. Er ist im kantonalen Anwaltsregister des Kantons St. Gallen eingetragen und zur Berufsausübung zugelassen.

**Beweis:** - Anwaltsvollmacht wurde bereits eingereicht

#### 2. Frist

Die angefochtene Verfügung wurde am 19. November 2018 mit A-Post-Plus versandt und am 20. November 2018 zugestellt. Die 30-tägige Einsprachefrist endet aufgrund der Gerichtsferien vom 18. Dezember bis und mit dem 2. Januar 2019 am 5. Januar 2019. Mit vorliegender Eingabe ist diese Frist gewahrt.

<b>Beweis:</b>	- Verfügung vom 19. November 2018	<u>Verfahrensakten/act. 1</u>
	- Briefumschlag in Kopie	<u>act. 2</u>
	- Track- and Trace-Auszug der Post	<u>act. 3</u>

#### 3. Einsprachelegitimation

Die Legitimation der Einsprecherin als von der Verfügung vom 19. November 2018 betroffene Adressatin ist ohne weiteres gegeben. Diese ist in ihren rechtlich geschützten Interessen als Steuerpflichtige berührt und betroffen und somit auch zur Einsprache legitimiert.

**B. Sachverhalt**

1. An der bisherigen Sachverhaltsdarstellung sowie an den Rechtsansichten gemäss der Vorkorrespondenz mitsamt den aktenkundigen Ausführungen wird vollumfänglich festgehalten. Die Rechtsansichten der Eidgenössischen Steuerverwaltung (nachfolgend ESTV genannt) werden gesamthaft und im Einzelnen bestritten soweit und sofern diese nachfolgend nicht übereinstimmend dargestellt werden.
2. Der Einsprecherin geht es um die Klärung der Frage, ob die Steuerbefreiung nach Art. 53 Abs. 1 lit. a MWSTG mit der vom Eidgenössischen Finanzdepartement festgesetzten Wertfreigrenze von CHF 300.00 rechtmässig ist bzw. ob unter dem Gesichtspunkt der rechtsgleichen Behandlung auch die Kunden der Federer Augenoptik AG von einer entsprechenden Wertfreigrenze erfasst sind.
3. Art. 82 Abs. 1 MWSTG nennt sechs nicht abschliessend aufgezählte Konstellationen, wonach auf Verlangen der steuerpflichtigen Person oder von Amtes wegen eine Verfügung zu erlassen ist. Entsprechend ist gesetzlich normiert, dass auch die steuerpflichtige Person eine Verfügung zur Klärung einer Frage verlangen kann, womit die ESTV eine Verfügungspflicht trifft (MARTIN KOCHER in: Zweifel/Beusch/Glauser/Robinson [Hrsg.], Kommentar zum Schweizerischen Steuerrecht, Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer, Basel 2015, Art. 82 N 3). Dies ist vorliegend mit der Verfügung vom 19. November 2018 geschehen.
4. Art. 82 Abs. 1 lit. a - c umfasst die klassischen Bestreitungsfälle. Im vorliegenden Fall sind insbesondere die subjektive Steuerpflicht sowie die Steuerforderung für Umsätze auf Einkäufen bis zur Wertfreigrenze von CHF 300.00 aus Erwägungen der rechtsgleichen Behandlung bestritten. Konkret macht die Steuerpflichtige geltend, für Einkäufe und damit Umsätze bis zum Betrag der Wertfreigrenze von CHF 300.00 nicht steuerpflichtig zu sein und bestreitet dementsprechend die Steuerforderung der ESTV auf den entsprechenden Umsätzen. Es wird letztlich die rechtsgleiche Behandlung mit den ausländischen grenznahen Konkurrenten und damit letztlich die analoge Anwendung von Art. 53 Abs. 1 lit. a MWSTG verlangt.
5. Die Federer Augenoptik AG hat dementsprechend auf den Umsätzen bis zum Betrag der Wertfreigrenze von CHF 300.00 je Einkauf den Kunden keine MWST verrechnet und ebenso in den Abrechnungen die genannten Umsätze von der MWST Pflicht als ausgenommen deklariert und die Vorsteuern in entsprechendem Masse gekürzt. In einem allfälligen gerichtlichen Verfahren wäre damit zu klären, inwieweit eine Steuerpflicht sowie die Steuerforderung auf dem Umsatz der Einkäufe im Inland bis zur Wertfreigrenze auch unter dem Gesichtspunkt der rechtsgleichen

Behandlung rechtmässig sein kann oder eben wie es die Federer Augentoptik AG geltend macht, unzulässig ist. Sie bestreitet dementsprechend diese Steuerpflicht und auch die Steuerforderung auf diesen Umsätzen.

6. Gestützt auf Art. 77 f. MWSTG überprüft die Steuerbehörde die Steuerabrechnungen aufgrund der Geschäftsbücher und Belege der Steuerpflichtigen. Erachtet die Behörde die Selbstveranlagung als unrichtig, berichtigt sie den Steuerbetrag. Ist der Steuerpflichtige damit nicht einverstanden, erlässt die Behörde eine anfechtbare Verfügung (Art. 82 Abs. 1 Bst. f MWSTG). Falls keine oder nur unvollständige Aufzeichnungen vorliegen – was vorliegend nicht der Fall ist – nimmt die Steuerbehörde eine Ermessensveranlagung vor (Art. 79 Abs. 1 MWSTG; REGINA KIENER/BERNHARD RÜTSCHÉ/MATHIAS KUHN, Öffentliches Verfahrensrecht, 2. A., Zürich/St. Gallen 2015, N 917).
7. Entsprechend verlangte die Federer Augentoptik AG den Erlass einer anfechtbaren Verfügung, um die aufgezeigte Rechtsfrage hinsichtlich der Steuerpflicht und der Steuerforderung auf den Umsätzen bis CHF 300.00 je Einkauf zu klären. Die ESTV erlässt dementsprechend gemäss Art. 82 Abs. 1 MWSTG von Amtes wegen oder nun vorliegend auf Verlangen der steuerpflichtigen Partei alle für die Steuererhebung erforderlichen Verfügungen. Dabei handelt es sich primär um Gestaltungs- oder Leistungsverfügungen (Art. 82 Abs. 1 lit. f MWSTG).

**Beweis:** - Verfügung vom 19. November 2018

Verfahrensakten/act. 1

### **C. Materielles / rechtliche Ausführungen**

#### **1. Feststellungsverfügung**

Die ESTV als verfügende Behörde bestätigte mit ihrer Verfügung vom 19. November 2018 das Rechtsschutzinteresse der Einsprecherin an einer Feststellungsverfügung. Dies mit der von der Einsprecherin vorgetragenen Begründung, wonach die Konkurrenzsituation mit dem nahen Ausland eine zeitnahe Beurteilung der Frage erfordere, ob die von ihr erbrachten Leistungen von der Steuerbefreiung nach Art. 53 Abs. 1 lit. a MWSTG erfasst sind.

**Beweis:** - Verfügung vom 19. November 2018

Verfahrensakten/act. 1

#### **2. Rüge**

Der Einsprecherin ist durchaus bewusst, dass sie mit vorliegender Einsprache und damit geäusselter Rüge eine beinahe herkulanische Aufgabe übernommen hat. Im vorliegenden Verfahren

soll im Rahmen einer gemischten Rechtsanwendungskontrolle, wobei von einer ursprünglichen Rechtsanwendungskontrolle auszugehen ist, nach dem das Anfechtungsobjekt eine vorangehende Feststellungsverfügung, nämlich die Verfügung vom 19. November 2018 darstellt (dazu auch MARTIN KOCHER, Die bundesgerichtliche Kontrolle von Steuernormen, Bern 2018, N 18 f.), die Verfassungsmässigkeit der Anwendung der Wertfreigrenze gemäss der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen mit Art. 1 lit. c (SR 641.204) überprüft werden.

Die Einsprecherin rügt vorliegend, dass die Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen mit Art. 1 lit. c (SR 641.204) gegen den Grundsatz der Rechtsgleichheit Art. 8 BV verstösst und damit eben nicht verfassungskonform ist. Die Frage, ob dies zutrifft, ist vorliegend im konkreten Zusammenhang mit der erlassenen Feststellungsverfügung vom 19. November 2018 zu prüfen. Die Verfügung wurde wiederum von der Einsprecherin beantragt, nachdem diese selbst mit ihrem Begleitschreiben zur Abrechnung für das 1. Quartal 2018 (für die Zeit vom 01.01.2018 – 31.03.2018) vom 16. Mai 2018 der ESTV mitteilte, dass sie auf das „Einkassieren“ der MWST bis zum Einkaufsbetrag von CHF 300.00 verzichte und deshalb auf dem Abrechnungsformular den Umsatz der nicht eingezogenen MWST vom steuerbaren Umsatz abgezogen habe. Wichtig war der Einsprecherin dabei die Feststellung, dass sie im Sinne der richtigen Rechtsanwendung der MWST auf die Geltendmachung der Vorsteuer auf dem Einkauf dieser Produkte verzichtet hat und sie dementsprechend auch den Vorsteuerabzug entsprechend korrigiert hatte.

**Beweis:** - Verfügung vom 19. November 2018

Verfahrensakten/act. 1

### 3. Zulässigkeit der Rüge

In BGE 139 II 499 E. 4.1, 508 hat das Bundesgericht erkannt, dass Rechtsverordnungen des Bundesrates im Anwendungsfall auf ihre Gesetzes- und Verfassungsmässigkeit hin überprüft werden können (dazu auch MARTIN KOCHER, a.a.O. N 103). Mithin lässt sich im vorliegenden Verfahren die Wertfreigrenze gemäss der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen Art. 1 lit. c (SR 641.204) hinsichtlich ihrer Verfassungsmässigkeit, d. h. der gerügten Verletzung des Rechtsgleichheitsgebotes gemäss Art. 8 BV überprüfen.

Gemäss MARTIN KOCHER kann die Rüge dahingehen, dass die Rechtsnorm zwar an sich bundesrechtskonform und willkürfrei ausgelegt und angewendet worden sei, dass die Rechtsnorm aber verfassungswidrig sei (sog. „Einfachrüge“). Anfechtungsobjekt ist damit der vorinstanzliche Entscheid oder wie vorliegend die Feststellungsverfügung, doch bezieht sich der Streitgegenstand

ausschliesslich auf die als verfassungs- oder gesetzeswidrig gerügte Rechtsnorm (MARTIN KOCHER, a.a.O., N 541). Festzuhalten ist sodann, dass das in Art. 190 BV statuierte Anwendungsgebot auf Bundesrechtsverordnungen nicht bzw. nur eingeschränkt anwendbar ist. Bundesrechtsverordnungen können aber regelmässig einer vorfrageweisenden Rechtsanwendungskontrolle unterzogen werden.

**Beweis:** - Verfügung vom 19. November 2018

Verfahrensakten/act. 1

#### 4. Verletzung des Rechtsgleichheitsgebots

Wie bereits dargelegt, macht die Einsprecherin geltend, die in Art. 1 lit. c der Verordnung des Eidgenössischen Finanzdepartements über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag vom 2. April 2014 (SR 641.204) statuierte Wertfreigrenze verletze Art. 8 der Bundesverfassung (BV).

Art. 8 BV verbietet jegliche Diskriminierung. Vorliegend wirkt sich die Wertfreigrenze derart aus, dass sämtliche Einkäufe im grenznahen Ausland bis zur Wertfreigrenze von CHF 300.00 beim Grenzübertritt Mehrwertsteuer befreit sind. Die entsprechende Verordnung wurde gestützt auf Art. 53. Abs. 1 lit. a MWSTG erlassen. Gemäss dieser Bestimmung ist die Einfuhr von Waren in kleinen Mengen von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag steuerbefreit. Mit dieser Bestimmung wird sodann dem Eidgenössischen Finanzdepartement die Kompetenz delegiert, diesbezüglich die näheren Bestimmungen zu erlassen.

Für die Einsprecherin wirkt sich die erlassene Wertfreigrenze von CHF 300.00 für die Einfuhr auf Brillen, Kontaktlinsen und Zubehör derart aus, dass die grenznahe Konkurrenz im Ausland identische Produkte dem Kunden mit Wohnsitz in der Schweiz aktuell 7.7 % billiger anbieten kann als der Verkäufer im Inland. D.h. beim Kauf einer Brille/Kontaktlinse mit einem Wert von weniger als CHF 300.00 zahlt der Kunde in Österreich keine Mehrwertsteuer von 19 % für Österreich und muss für die Brille bei der Einfuhr in die Schweiz auch nicht die schweizerische Mehrwertsteuer von 7.7 % an den Schweizer Fiskus abführen.

Die gleiche Leistung, welche auf gleichem Arbeitseinsatz beruht, wird mit den nachfolgenden Argumenten, die administrativen Abläufe beim Grenzübertritt zu vereinfachen sowie die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung zu erhöhen, auf die Erhebung der Mehrwertsteuer bis zur Wertfreigrenze zu verzichten, danach verschieden behandelt. REGINE SCHLUCKEBIER führt im Kommentar zum Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer aus, es werde vereinfachend angenommen, dass bei der Anwendung dieser Vorschrift im Regelfall keine unangemessenen Steuervorteile eintreten würden.

Diese Feststellung bezieht sich selbstredend natürlich nur auf die Steuervorteile des in die Schweiz Einreisenden. Dem kann zwar durchaus zugestimmt werden.

Beim Erlass der Bestimmung und insbesondere der Ausführungsverordnung wurde aber verkannt, dass mit der Wertfreigrenze für das Gewerbe in der Schweiz ein wesentlicher und drastischer wirtschaftlicher Nachteil gegenüber den Mitbewerbern im nahen Ausland, insbesondere gegenüber jenen aus Österreich, entsteht. Dies insbesondere in Zeiten, in denen der Wechselkurs bzw. der Wert oder die Kaufkraft der in- und ausländischen Währung beinahe gleich ist (Frankenstärke).

Das inländische Gewerbe wird mit der Freigrenze gegenüber dem grenznahen ausländischen Gewerbe diskriminiert und der Konsument, welcher im Inland einkauft, wird benachteiligt, indem er für das identische Produkt einen um die Mehrwertsteuer erhöhten Preis bezahlen muss. Diese Marktverzerrung geschieht dabei ohne jegliche Möglichkeit der Beeinflussung durch die Einsprecherin. Es sei denn, es wird ihr ermöglicht zu annähernd gleichen Bedingungen zu verkaufen, wie dies die Mitbewerber im nahen Ausland zu tun pflegen. Die Verletzung der Rechtsgleichheit ist entgegen der Auffassung der Vorinstanz (S. 8 der Verfügung) darin zu erkennen, dass gleiche Produkte, gleiche Leistungen, aufgrund der unterlassenen Mehrwertbesteuerung verbilligt werden, womit der Schweizer Staat das ausländische Gewerbe durch diese Art der „Subventionierung“ bevorteilt. Die Wirkung der unterschiedlichen Besteuerung fällt dabei analog einer staatlichen Beihilfe aus, nur dass die staatliche Beihilfe den im Ausland tätigen Mitbewerbern der Einsprecherin zufällt.

Bei der Einsprecherin sind rund 30 % des Umsatzes von dieser einseitigen Privilegierung durch die Steuerbefreiung in Folge der Wertfreigrenze betroffen. Damit entsteht einzelnen Konsumenten wohl dem kein unangemessener Steuervorteil; demgegenüber wird aber dem ausländischen Gewerbe ein massgebender Wettbewerbsvorteil zu Lasten des inländischen Gewerbes zugestanden. Dies einzig gestützt auf bzw. mit verwaltungsökonomischen Erwägungen und Argumenten. Diese Ungleichbehandlung des inländischen Gewerbes gegenüber dem grenznahen Gewerbe im Ausland ist damit eindeutig diskriminierend und verletzt nicht nur Art. 8 der Bundesverfassung, sondern auch Art. 14 EMRK. Die Einsprecherin steht insbesondere mit den Gewerbetreibenden im sehr nahen Vorarlberg, Österreich, in einer Konkurrenzsituation.

Die verfassungsmässige und damit rechtsgleiche Anwendung gebietet es vorliegend, dass die Wertfreigrenze gemäss der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von

Gegenständen in kleinen Mengen Art. 1 lit. c (SR 641.204) nur dann zur Anwendung gelangt, wenn das in Konkurrenz stehende inländische grenznahe Gewerbe dadurch keinen Wettbewerbsnachteil erfahren würde. In allen anderen Fällen liegt eine Diskriminierung vor, wie es vorliegend die Einsprecherin geltend macht, weshalb eine rechtsgleiche Anwendung es gebietet, dass Art. 53 Abs. 1 lit. a MWSTG rechtsgleich derart anzuwenden ist, wie es die Einsprecherin im ersten Quartal 2018 vorgenommen hat, womit also Waren bis zum Wert von CHF 300.00 steuerbefreit und damit ohne Mehrwertsteuer an die Kunden verkauft wurde. Konsequenterweise wurde als Gegenstück auch keine Vorsteuer auf dem entsprechenden Materialeinkauf geltend gemacht bzw. wurde der Vorsteuerabzug entsprechend korrigiert.

Die Einsprecherin verlangt - entgegen der Annahme der ESTV - keine Überprüfung der Angemessenheit der Wertfreigrenze, sondern eine rechtsgleiche Behandlung mit dem nahen Ausland. Die Einsprecherin verlangt dementsprechend eine rechtsgleiche Behandlung und dementsprechend weite Auslegung von Art. 53 Abs. 1 lit. a MWSTG in Verbindung mit der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen Art. 1 lit. c (SR 641.204), um Güter bis zum Warenwert von CHF 300.00 ohne MWST an ihre Kunden verkaufen zu können.

#### 5. Verletzung der Wirtschaftsfreiheit sowie der Grundsätze der Wirtschaftsordnung

Art. 27 BV gebietet die Gleichbehandlung der Konkurrenten. In der Rechtslehre wird sodann die Rechtsauffassung vertreten, wonach Art. 94 Abs. 1 i. V. m. mit Abs. 4 BV in Verbindung mit Art. 27 BV das institutionell verstandene Gebot der Wettbewerbsneutralität des Staates beinhalte (KLAUS A. VALLENDER, in: Bernhard Ehrenzeller/Benjamin Schindler/Rainer J. Schweizer/Klaus A. Vallender (Hrsg.), Die schweizerische Bundesverfassung, St. Galler Kommentar, 3. Aufl., Zürich/St. Gallen 2014, Art. 27 N 29).

Klaus A. Vallender (a.a.O., Art. 27 N 31) führt diesbezüglich weiter aus, dass das, was den Inhalt des Gleichbehandlungsgebots betrifft, so verbiete der «Grundsatz der Gleichbehandlung der Gewerbetreibenden [...] Massnahmen, die den Wettbewerb unter direkten Konkurrenten verzerren bzw. nicht wettbewerbsneutral sind (BGE 130 I 26 E. 6.3.3.1 S. 53; 125 I 431 E. 4b/aa S. 435 f. je mit Hinweisen)» (BGE 131 II 271 E. 9.2.2, 291; vgl. weiter BGE 123 II 16 E. 10, 35; 123 II 385 E. 11, 401; 121 I 129 E. 3b, 132).

Art. 27 BV ergänze das allgemeine Gleichbehandlungsgebot (Art. 8 BV) und biete einen darüber hinausgehenden Schutz (BGE 121 I 129 E. 3d, 135). Der spezifische Gleichbehandlungsgrundsatz ist also ein Gleichheitssatz besonderer Art. Er schützt «vor staatlichen Ungleichbehandlungen, die



zwar auf ernsthaften, sachlichen Gründen beruhen mögen, gleichzeitig aber einzelne Konkurrenten namentlich durch unterschiedliche Belastungen oder staatlich geregelten Marktzugang bzw. -ausschluss begünstigen oder benachteiligen (BGE 121 I 129 E. 3d S. 135)» (BGE 125 I 431 E. 4b/aa, 435 f.). Der Grundsatz gilt sowohl bezüglich staatlicher Massnahmen, die grundsatzkonform sind, als auch betreffend zulässige grundsatzwidrige Vorkehren des Staates (BGE 125 I 431 E. 4b/aa, 436, m.H. auf BGE 121 I 129 E. 3c, 132). Der besondere Gleichbehandlungsgrundsatz könnte möglicherweise «als spezifisches verfassungsmässiges Recht eine Legitimation des Benachteiligten begründen, ohne dass zusätzlich die verfassungswidrige Anwendung einer besonderen drittschützenden Gesetzesbestimmung erforderlich wäre [...]» (BGE 123 I 279 E. 3d, 282)

Bezüglich der unterschiedlichen fiskalischen Belastungen hat das Bundesgericht anerkannt, dass eine solche unzulässige Ungleichbehandlung von Konkurrenten ein Verstoss gegen Art. 27 und 94 darstellen könne (BGE 131 II 271 E. 9.2.2, 291 m.H.; bestätigt in BGer 2C\_139/2009 [13.8.2009], E. 10.3), aber zugleich festgehalten, dass der Grundsatz wesensgemäss nicht absolut gilt und namentlich gewisse Differenzierungen aus Gründen gegenläufiger öffentlicher und/oder privater Interessen, wie z.B. des Umweltschutzes oder der Kulturpolitik, nicht ausschliesse (dazu auch KLAUS A. VALLENDER, a. a. O. N 33). Im Grundsatz führt also die Steuerbefreiung aufgrund der Wertfreigrenze zu einer unterschiedlichen mehrwertsteuerlichen Belastung, was offenkundig eine Ungleichbehandlung darstellt. Diese für die Einsprecherin massiv auswirkende Ungleichbehandlung wird dann mit verwaltungsökonomischen Gründen und einer Vereinfachung der Zollabwicklung begründet. Die Interessenabwägung zwischen dem Nutzen der öffentlichen Hand und dem existentiellen Nachteil für die Einsprecherin zeigt, dass vorliegend eine Differenzierung nicht zulässig ist und dementsprechend die durch die Wertfreigrenze gemäss Art. 1 lit c. der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen bewirkte Ungleichbehandlung der Einsprecherin Art. 27 i. V. m. Art. 94 sowie Art. 8 BV verletzt.

Just in grenznahen Regionen verfälscht der Erlass einer Wertfreigrenze den Wettbewerb zu den ausländischen Mitkonkurrenten. Der Staat verhält sich damit nicht wettbewerbsneutral, da die Schweiz die ausländischen Mitbewerber der Einsprecherin bei der Preisbildung privilegiert, indem diese bzw. deren Kunden bei der Einfuhr auf den Produkten bis zur Wertfreigrenze keine Mehrwertsteuer entrichten müssen. Mithin werden die Mitbewerber und Konkurrenten im grenznahen Ausland durch den Schweizer Staat „subventioniert“.

Es stellt sich damit entgegen der Auffassung der ESTV nicht die Frage (S. 8 der Verfügung oben), ob die Einsprecherin die Steuer auf ihre Kunden überwälzen kann oder nicht, sondern ob die

Einsprecherin die Mehrwertsteuer auch auf den Umsätzen bis zur Wertfreigrenze schuldet. Dies bejaht die ESTV, womit die Steuerlast besteht und damit eine unzulässige Ungleichbehandlung mit der grenznahen ausländischen Konkurrenz erfolgt, welche letztlich existentiell für die Einsprecherin ist.

Zweifelsohne, auch wenn von der ESTV bestritten, werden Konsumenten mit Wohnsitz in der Schweiz mehrwertsteuerrechtlich faktisch ungleich behandelt, wenn sie die gleichen Produkte in Buchs SG bei der Einsprecherin oder bei der Konkurrenz im wenige Kilometer entfernten Vorarlberg kaufen. Dieser Einwand ist im vorliegenden Verfahren durchaus zu berücksichtigen, werden doch damit letztlich Inländer diskriminiert und der Einkauf im grenznahen Ausland gefördert, was kaum im öffentlichen Interesse der Schweiz liegen kann und wohl nicht vom Zweck der Wertfreigrenze gemäss der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen mit Art. 1 lit. c (SR 641.204) gedeckt ist.

Diese Verletzung der verfassungsmässigen Rechte der Einsprecherin kann nur korrigiert werden, indem Art. 53 Abs. 1 lit. a MWSTG in Verbindung mit der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen Art. 1 lit. c (SR 641.204) derart anzuwenden ist, dass diese für den Konsumenten mit Wohnsitz in der Schweiz rechtsgleich angewendet und der Wettbewerb nicht beeinträchtigt wird. Entsprechend beansprucht die Einsprecherin als Steuerpflichtige mit Sitz an der Grenz zur EU eine Gleichbehandlung und Anwendbarkeit der Wertfreigrenze auf ihren inländischen Umsätzen für Wareneinkäufe ihrer Kunden bis zur Wertfreigrenze von CHF 300.00 und damit eine Steuerbefreiung auf diesen Umsätzen.

### III. Beweismittel

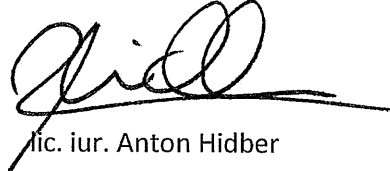
#### A. Urkunden

- gemäss separatem Urkundenverzeichnis

#### B. Produktionsvorbehalt weiterer Beweismittel

Namens und im Auftrage der Einsprecherin ersuchen wir die Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV das eingangs gestellte Rechtsbegehren gutzuheissen und die Verfügung vom 19. November 2018 wie beantragt aufzuheben und die Steuerbefreiung festzustellen.

Vorzügliche Hochachtung



lic. iur. Anton Hidber

#### **Beilagen:**

- Akten gemäss Aktenverzeichnis
- Eingabe 4-fach